

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Erscheint täglich

mit Ausnahme des Sonn- und Feiertage.

Inserate kosten die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg.

Kleinanzeigen pro Zeile 10 Pfg.

Amtsblatt der

Verantwortlicher Redakteur: A. Lemb.

Telegraphisch-Anschluß Nr. 80.

Postfach-Konto:

Frankfurt a. Main Nr. 7889.

Druck und Verlag der Buchdruckerei von A. Lemb in Braubach a. Rhein.



Stadt Braubach.

Gratisbeilagen:

Jährlich zweimal Fahrplan und einmal Kalender.

Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 18.

Redaktionschluß: 10 Uhr vormittags.

Bezugspreis:

Monatlich 70 Pfg.

Durch die Post bezogen:

Vierteljährlich 2,10 Mark.

Von derselben frei ins Haus geliefert 2,52 Mark.

Nr. 26.

Braubach a. Rhein, Donnerstag, den 31. Januar 1918

28. Jahrgang.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

27. Januar. Auf dem westlichen Kriegsschauplatz geringe Geschützaktivität. — Auf der Hochfläche von Alago und an der Brenna lebhafter Artilleriekampf.

28. Januar. In der Champagne und im Moselgebiet regere Feueraktivität. — Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden heftige Artilleriekämpfe.

Die Stadt der Friedensverhandlungen.

Aus Brest-Litowsk Vergangenheit.

Die Kreisstadt Brest-Litowsk im Gouvernement Grodno hat den Titel „Stadt des Ruhmes“ (Ir Tohilla), der ihr schon 1885 in einem in hebräischer Sprache erschienenen, die Geschichte der jüdischen Gemeinde des Ortes behandelnden Buche gegeben wurde, sich erst jetzt wirklich verdient. So ganz neuen Gepräges ist aber dieser Ruhm trotzdem nicht, denn Brest-Litowsk hat auch schon in früheren Jahrhunderten eine nicht unwichtige geschichtliche Rolle gespielt.

Die Gründungszeit der Stadt, die ursprünglich an der Mündung des Njarchow in den Bug gelegen war, wird in das 10. Jahrhundert verlegt, und als Gründer werden die Bugjassen angegeben. Urkundlich geschieht der Stadt zum erstenmal im Jahre 1015 Erwähnung, und zwar unter ihrem ursprünglichen Namen „Beresta“, was Birkenrinde bedeutet. Beresta wurde mehrmals verwüstet und wechselte ebenso oft den Herrscher, bis die Stadt in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts der Macht der Litauer unterlag. Ihren heutigen Namen Brest-Litowsk (polnisch: Brzesko Litewski) erhielt die Stadt jedenfalls nicht vor 1840, wo dieser Name in der Bezeichnung „Litauisches Brest“ zum erstenmal zum Ausdruck kam. In den Kämpfen der Litauer gegen den deutschen Ritterorden in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts erlebte Brest schon einmal einen Friedensschluß in seiner Mitte und zwar 1435, im Todesjahre des ersten Jagiellonen. Im Jahre 1511, nach der Niederwerfung des Aufstandes des Fürsten Glinzki, hielt der polnische König Sigismund I. einen Fürstentag in Brest ab, auf dem verschiedene wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Für das damalige hohe Ansehen der Stadt spricht, daß im Jahre 1589 der einflussreiche und in Litauen vollständige Fürst Mikolaj Chrostoph Radziwill seine Residenz nach Brest-Litowsk verlegte. Während des polnisch-schwedischen Krieges wurde Brest-Litowsk von den schwedisch-brandenburgischen Truppen des Grafen Waldeck, der dort vierzig polnische Geschütze erbeutete, überfallen. Als bedeutendes geschichtliches Ereignis kann die 1795 und 1796 in Brest-Litowsk abgehaltene Synode angesehen werden, auf der den langjährigen Kämpfen zwischen den Anhänger der römisch-katholischen Kirche und den Befürwortern der orthodoxen Kirche durch den Beschluß der Vereinigung ein Ende gemacht wurde. Im Jahre 1799 führte Suworow bei Brest-Litowsk einen wichtigen Überfall auf die gegnerischen Massen aus.

Im russisch-preussischen Vertrage vom 28. Januar 1795 über die zweite Teilung Polens fiel Brest-Litowsk an Preußen, das es 1796 zu einer Kreisstadt des ehemaligen Gouvernements Glogon und 1801 zu einer solchen des Gouvernements Grodno machte. Nach der dritten Teilung Polens wurde Russlands Aufmerksamkeit auf Brest-Litowsk als einen wichtigen strategischen Punkt

gelegt. Seine Feld- und seine provisorischen Befestigungen wurden verstärkt. Im Jahre 1807 gestaltete General-Suchtelen Brest-Litowsk zum Stützpunkt der Verteidigung der russischen Westgrenze und arbeitete einen Plan für den Bau einer neuen Festung aus. Er kam nicht zur Ausführung und ebensowenig ein späterer Plan des Generals Boren Nikolaj I. Im Jahre 1830 war bereits das letzte Wohnhaus der alten Stadt niedergelegt. Der Aufbau der neuen Stadt, der auf einem Stück von der Zitadelle in 1200 Meter Entfernung angewiesenen Blase erfolgen durfte, geschah nach einem Plan der russischen Regierung, der zwei Vorstädte der Festung vorsah: die Robriner und die Wolonsker Vorstadt. Aus der Robriner Vorstadt ist dann allmählich die heutige Stadt Brest-Litowsk entstanden, die im Jahre 1912 mehr als 57 000 Einwohner (die Hälfte Israeliten) zählte. Die Ergänzungsarbeiten für die Befestigung von Brest-Litowsk wurden noch in den Jahren 1859 bis 1869 vom General Totleben aus-geführt. Auch die Generale Kuropatkin und Suchomlinow erhielten Verfügungen, um Brest-Litowsk als Festung zu verstärken.

In der Nacht vom 25. auf den 26. August 1915 zogen die verbündeten deutsch-österreichischen Truppen unter dem Generalobersten von Mackensen in Brest-Litowsk ein und es bot sich ihnen hier ein Bild der Vernichtung.

Dr. S.

Vom Tage.

Clemenceaus Feldzug gegen den Frieden.

VI. Der französische Ministerpräsident ist in maßlosen Born geraten wegen der zunehmenden Friedensstimmung im Lande. Da er sonst keine Mittel mehr sieht, die überall sich zeigende Friedensneigung zu bekämpfen, beschließt er jetzt das Land mit Ausnahmegerichten, die möglichst alle Friedlichstimmenden in Kerker und Bann und auf den Sandhaufen bringen sollen. Soeben hat Clemenceau zwei neue Kriegsgerichte in Paris ins Leben gerufen, die ausdrücklich dazu bestimmt sind, die Friedenspropaganda mit ihren Urteilen zu erschüttern.

Ob der alte Mann mit diesem neuen Gewaltmittel wirklich die Erfolge erhofft, die Frankreich auf dem Schlachtfeld verlor, geblieben sind?

Castro findet kein Obdach mehr.

VI. Der ehemalige Präsident Castro von Venezuela, dessen Name einstmal so bekannt war, und der sich nicht scheute, den mächtigsten Staaten Europas entgegenzutreten, ist ein Verbannter und hält sich auf Trinidad auf. England will ihm dort den Aufenthalt nicht länger erlauben, Frankreich lehnte seine Bitte um Aufenthalt ab, ebenso wollen die Vereinigten Staaten ihm kein Obdach geben. Jetzt versucht er nach Italien zu gelangen, das ihn aber auch als getreuer Vasall Englands kaum willkommen heißen wird.

In seiner Heimat ist sein ehemaliger bester Freund, Gomez, Präsident. Castro hat also tatsächlich kein Unterkommen mehr. So vergeht die Herrlichkeit der Welt.

Der U-Boot-Krieg entscheidend.

VI. Diese Ansicht gewinnt in England trotz aller Regierungsversicherungen an Boden. So schreibt das Blatt „Nation“:

Die 18 großen Dampfer, die in der Statistik der Abmi-

ralität aber als eine zammardöwe aus verrent angesehen werden, sind die ernstlichen Faktoren der heutigen Lage. Der Schiffsverkehr in unseren Häfen war während der verflochtenen Woche kleiner, als es seit langer Zeit der Fall war. Die Anzahl der verrenten großen Schiffe bleibt durchschnittlich auf derselben Höhe und paßt schlecht zu den englischen und französischen Versicherungen, wonach der U-Boot-Krieg ein Fehlschlag sein soll!

„Nation“ ist der Meinung, daß der U-Boot-Krieg die entscheidende Kraft der gesamten militärischen Lage sei. Das ist oft genug gesagt worden, die Engländer wollten es aber nie zugeben. Späte Einsicht ist immerhin besser als gar keine.

Der bis in den Tod getreue Lloyd George.

Dr. In seiner letzten großen Rede rief Lloyd George den Engländern den Trost zu: Wir werden Frankreich in den Krieg bringenden Frage bis in den Tod folgen. In Frankreich hat diese immerhin etwas zweideutige Phrase wenig Entzücken hervorgerufen. Im „Journal du Peuple“ meint Henri Fabre: „Ich glaube nicht, daß die Kriegstötungen selbst die Rückkehr um den Preis unseres Todes und den unseres guten englischen Freundes vürschen.“

Ganz gleich, ob diese Wendung nun ironisch gemeint ist oder nicht — in Frankreich kann man sich beruhigen, Lloyd George hat es sicher nicht gar so ernsthaft gemeint.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

• In der Antwort des Kaisers auf ein Glückwunschtelegramm Dr. Kaempf heißt es u. a.: Ich beginne das neue, entscheidungsvolle Jahr in folger Dankbarkeit für die ungeheuren Erfolge, die unsern unermüdbaren Kämpfern und ihren genialen Führern zuteil geworden sind. Ich weiß, in welchem Umfange die treue Arbeit des Volkes in der Heimat zu diesen Erfolgen mitgewirkt hat und wieviel Not und Sorge zu überwinden waren. Es sind unvergängliche Ruhmesblätter, die das letzte Jahr der deutschen Geschichte hinzugefügt hat, und in die neben großen Heldentaten auch schlichte Arbeiter und einfache Witwen ihre Schriftzeichen gesetzt haben. Mein Heißer, mich täglich begleitender Wunsch ist, daß mein geliebtes deutsches Volk ohne Übermut aber im klaren Bewußtsein seiner Macht und seines Rechts in voller Selbstachtung seine Geschlossenheit nach innen und außen bewahre, bis der endgültige Sieg unserer Waffen den Grund zu freudiger Wiederentfaltung seiner geistigen und wirtschaftlichen Kräfte legt. — Auch an die Stadt Berlin hat der Monarch ein herzliches Danktelegramm geschickt. — Der Kaiser hat 500 000 Mark an ihm übergebenen Mitteln für die Errichtung einer Anstalt für Mutter- und Säuglingschutz im Regierungsbezirk Gumbinnen (Ostpr.) bestimmt.

• Der im Gesetz über die Wiederherstellung des deutschen Handelsflotte vorgesehene Reichsausschuß, der dem Reichskanzler Vorschläge für die Gewährung der Beihilfen zu machen hat, ist nunmehr durch den Bundesrat ernannt worden. Den Vorsitz im Reichsausschuß führt bis auf weiteres der Wirkliche Geheimrat Direktor im Reichswirtschaftsamt v. Jonauders. Die Geschäftsstelle des Reichsausschusses befindet sich in Berlin. Die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz vom 7. November 1917, die insbesondere auch Vorschriften über die Form der Beihilfenanträge enthalten, liegen dem Bundesrat zur Genehmigung vor und werden in kürzester Frist veröffentlicht werden.

• Geheimen Zivilkabinetts. Im Hinblick auf den Wechsel im Zivilkabinetts des Kaisers verdient vermerkt zu werden, daß dieses aus preussischen Fonds einen Zuschuß von 200 740 Mark erfordert; das Reich leistet zu den Verwaltungskosten nur einen Beitrag von 10 000 Mark. Der Geheimen Rabinetsrat bezieht ein Gehalt von 20 000 Mark neben freier Dienstwohnung, die vorragenden Räte ein solches von 7000 bis 11 500 Mark. Zum Beamtentabe des Geheimen Zivilkabinetts gehören ferner noch 2 Rabinetssekretäre, 1 Bureauclerk, 1 expedierender Sekretär, 10 Registratoren, 2 Kanzleisekretäre und die entsprechende Zahl von Unterbeamten.

• Vorsicht am Fernsprecher. Daß wir überall, wo immer wir uns auch befinden, vor Spionen auf der Hut und darum in Gesprächen vorsichtig sein müssen, ist uns in 3 1/2 Kriegsjahren geläufig geworden. Viel gefährlicher wird dagegen immer noch am Fernsprecher, wo der Teilnehmer sich unbeobachtet fühlt. Sehr mit Unrecht. Durch Drahtübertragungen, wie sie jetzt bei Frost und Schnee besonders leicht entstehen, wird manch Unberufener zum Zeugen militärischer oder wirtschaftlicher Geheimnisse; gedankenlos erzählt er das Erlauschte weiter und schnell genug ist der feindliche Nachrichtendienst um eine Mitteilung bereichert. Jeder, der draussen den Fernsprecher benutzt, vom Heerführer bis zum bedienenden Fernsprechwart, rechnet in jedem Augenblick damit, daß sich irgendwo ein Spion eingeschaltet haben könnte, und weiß sich so geschickt und vorsichtig auszudrücken, daß seine Worte dem Unberufenen keine wertvollen verraten. Die Kunst, am Fernsprecher nichts Unbedeutendes zu sagen, wird so wichtig genommen, daß ein neues Kriegswort dafür geprägt worden ist. Dies Wort sollte auch für uns Deutschnutzer gelten haben; es heißt: Sprechdisziplin!

Nach und Fern.

• Das Hochwasser der Weichsel ist in 12 Stunden um fast zwei Meter gestiegen. Die bei Wloclawek eingeschlossenen 90 Soldaten im Werte von 4 Millionen Mark haben zum großen Teil dem starken Druck der Flutwogen nicht standgehalten; sie sind zum Teil gerissen und treiben in ganzen Tafeln und einzelnen Holzern zwischen den Flutwogen stromabwärts.

• Oester-Stiftung. Die Witwe des vor kurzem verstorbenen Kommerzienrats Oester-Vielshoff hat zum Andenken an ihren verstorbenen Mann eine Oester-Stiftung in Höhe von 250 000 Mark zu Wohlfahrtszwecken für ihre Arbeiter errichtet.

• Die größte Dampfmühle Wiens niedergebrannt. Die größte Dampfmühle Wiens, die von Kaiser-Ebersdorf, ist mit ihren gesamten Vorrichtungen an Getreide und fertigen Mehlprodukten niedergebrannt. Alle Maschinen und Treibriemen, also das ganze Inventar der Mühle, sind verbrannt. Der Schaden ist zum größten Teil unersetzlich und wiegt deshalb sehr schwer, weil diese größte Mühle Wiens für die Versorgung der Hauptstadt eine große Rolle spielte.

• Eine türkische Zeitung in Sofia. In Sofia ist die Gründung einer großen türkischen Zeitung geplant, die den Titel „Mudafaa“ tragen soll. Die Zeitung des Blattes soll der türkische Schriftsteller Fasil Rahmed bei übernehmen, der früher Redakteur des „Tanin“ war.

• Schwerer Zugunfall. Nach einer Kavallerie- und Kavallerie-Veranstaltung ereignete sich auf dem Bahnhof von Alexandrow in der Provinz Wladimir ein Zusammenstoß zwischen einem Personen- und einem Militärzug, dem 200 Personen zum Opfer gefallen sein sollen.

• Die Familie des Generallieutenants Grafen v. Roos, des Sohnes des ehemaligen preussischen Kriegsministers, hat der Weltkrieg ganz besonders schwer getroffen. Graf v. Roos hatte acht Söhne; alle acht zogen ins Feld, sieben davon mit der Waffe, der achte als Divisionspfarrer. Vier sind in den ersten Kriegsjahren auf dem Felde der Ehre geblieben, jetzt ist der fünfte, Major Walter v. Roos, einem schweren, an der Front entstandenen Leiden zum Opfer gefallen. Auch die Mutter dieser Söhne ist während des Krieges gestorben; die übrigen drei Roos stehen noch im Felde.

• Cholera und Pest in Südrussland. Nach einer Meldung der „Kowaja Schina“ sind neuerdings in Batum und Umgebung zahlreiche Todesfälle an Pest vorgekommen. In Batum herrscht die asiatische Cholera, die sich an den Ufern des Schwarzen Meeres rasch ausbreitet.

• Die Einbürgerungen im Personenverkehr. Die Einbürgerungen im Personenverkehr vom 22. Januar sollten nur vorübergehend sein. Es ist anzunehmen, daß eine Minderung der Beschränkungen alsbald eintreten wird. Eine gewisse Veränderung ist bereits zum 1. Februar zu erwarten, um so mehr, als das milde Wetter seitdem die Abwicklung des Verkehrs begünstigt.

• Erfolg der Wänscherroute. Auf Rittergut Schenkenberg bei Gb in Brandenburg bestimmte der Quellenfinder Plein aus Gb in Anhalt in einem wasserleeren Brunnen, daß bei 81 Meter Tiefe ein starker Quellenlauf nachfließen werden könnte. Die Erörterung wurde nach einer Vorrichtung vorgenommen. Mit 30 1/2 Meter Tiefe wurde ein starker Quellenlauf erschlossen, der ein Wasservolumen von 10 Kubikmeter pro Tag ergibt, ohne daß sich der Wasserspiegel absenkt.

Entsprechend den Grundsätzen für die Gewährung von Kriegsbefehlen aus Anlaß der Feuerung an die Zivilbeamten im Ruhestand und ihre Hinterbliebenen werden jetzt auch den pensionierten Beamten der Kriegsverwaltung und ihren Hinterbliebenen Kriegsbefehle erteilt. Auch die pensionierten Offiziere und die Rentempfänger und ihre Witwen und Waisen können ebenfalls mit laufenden und einmaligen Kriegsbefehlen bedacht werden. Für deren Bewilligung bei Offizieren usw. kommt das Kriegsministerium, bei Rentempfängern usw. das örtlich zuständige Stellvertretende General-Kommando in Frage.

Bei der Beratung des preussischen Justizrats im Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses wurde mitgeteilt, daß die Einnahmen aus Gerichts- und Strafen um 15 Millionen Mark geringer seien als im Vorjahre. — Die im Interesse der Gerechtigkeit angeregte Änderung des Zwangsversteigerungsgesetzes kann nach den Ausführungen des Ministers des Innern erst nach dem Kriege geändert werden.

In der Weiterberatung der Wahlrechtskommission des preussischen Abgeordnetenhauses entstand eine längere Auseinandersetzung über die in der Presse lautgewordenen Vorwürfe, in der Kommission werde die Erledigung des Gesetzes verschleppt. Die Mehrheit der Kommission lehnte solche Vorwürfe als unberechtigt ab. Bei der dann fortgesetzten Beratung über die Herrenhausvorlage werden mehrere Anträge gestellt zur Vermehrung der Städte- und Landgemeindenvertreter. Minister des Innern Dr. Drews beantwortete eine Anfrage dahin, daß es bei der durchaus verschiedenen Größe des Großgrundbesitzes in den einzelnen Provinzen nicht möglich sei, jeder Provinz die gleiche Grundbesitzvertretung einzuräumen.

Schweden.

Aus Stockholm wird über einisch-englische Verhandlungen berichtet. Eine einische Abordnung ist in Stockholm erschienen, um mit englischen Persönlichkeiten über die Zukunft Estlands zu beraten. Der Führer der Abordnung, der Redakteur Lönnison, gilt als Vertreter der bürgerlich-nationalen Kreise. Er soll angeblich durch den Gang der Verhandlungen in Riga-Witowst veranlaßt worden sein, bei England Hilfe für das Selbstbestimmungsrecht Estlands zu suchen. England soll großes Entgegenkommen zeigen.

Frankreich.

Unter dem Druck der zunehmenden Frachtraumnot hat sich die Regierung entschlossen, vom 1. Februar ab alle im Hafen von Marseille liegenden Schiffe zu beschlagnahmen. Die Übersee-Dampfer sowohl wie die Post- und Frachtdampfer haben keine festgelegten Linien mehr, sondern werden je nach Bedarf verwendet. Der Postdienst wird verändert und herabgesetzt. Für die Folge sind ähnliche einschneidende Maßnahmen geplant, wenn — der amerikanische Frachtraum noch lange auf sich warten läßt.

Holland.

Eine deutsche Gegenmaßregel stellen holländische Blätter in Aussicht. Sie berichten, die deutsche Regierung beabsichtige, aus Anlaß der mit Amerika bevorstehenden Abmachung der Überlassung der in amerikanischen Häfen liegenden 80 Schiffe an die Vereinigten Staaten) alle niederländischen Reedereien auf die schwarze Liste zu setzen. Die Folge wäre dann, daß die Schiffe keine deutschen Dunterschriften mehr erhalten, was, wenn keine Kohle von anderswo geliefert würde, darauf hinausläuft, daß die Schiffe nicht ausfahren können, sondern aufgelegt werden müssen.

Norwegen.

Der Unwille über die amerikanischen Zufuhrbedingungen spiegelt sich in der gesamten Presse wider. Selbst Blätter, die man nicht im Verdacht der Deutschfeindschaft haben kann, äußern Bedenken, ob das Abkommen mit Amerika, das jetzt im Störhingsauschuss verhandelt wird, auskommen könne. Nur wenige Blätter raten zum unbefangenen Eingehen auf das, was Amerika will, damit also eigentlich zu einer Selbstauslieferung an den Verband. Norwegen mag, seiner Zufuhren wegen, jetzt in einer schwierigen Lage sein, das ist nicht zu verkennen. Sollte aber Norwegen von Anfang an eine volle unbedingte Neutralität, in dem Sinne wie bisher Schweden, und im Zusammenhang damit manchmal eine kräftigere Sprache gegen die Bestmächte geführt, so könnte es jetzt anders auftreten. Die norwegischen Reeder wollten aber verdienen, und nichts als verdienen, und deswegen trat ein großer Teil der norwegischen Handelsflotte in den Dienst des Verbandes.

Amerika.

Einen Aufruf zur Sparsamkeit erläßt Präsident Wilson an das Volk und besonders an die Frauen in den Vereinigten Staaten. Die Vorschriften des Lebensmittelgesetzes müßten genau beachtet werden. Es handle sich darum, soviel an Nahrungsmitteln einzusparen, daß den Bundesgenossen ausreichende Mengen zugeführt werden könnten. An Fleisch und Weizen müsse man 30 Prozent einsparen. Was man an Weizenmehl und Brot weniger gebrauche, könne man durch Kartoffeln, Bohnen, Kroggen, Reis und Gemüse ausgleichen. Der Montag und der Mittwoch müßten als weizenlose Tage gelten, der Dienstag als fleischloser, der Samstag als schweinefleischloser Tag. Außerdem müßten noch täglich bei einer Mahlzeit Weizen und Fleisch weggelassen. Auch mit dem Zucker müsse bis auf weiteres sparsam gewirtschaftet werden.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 29. Jan. Der Bischof von Breslau, Bischof v. Beyer, trifft von seiner Krankheit völlig wiederhergestellt, am 31. Januar in Berlin ein und wird schon an einem der nächsten Tage die Geschäfte seines Amtes übernehmen.

Dresden, 29. Jan. Die Zweite Kammer nahm einstimmig den fortschrittlichen Antrag an, nach dem in allen Gemeinden Frauen gleichberechtigt in die Fürsorge-Ausschüsse der Gemeinden gewählt werden können.

Berlin, 29. Jan. Ein neuer Erlass der Petersburger Regierung hebt das Erbschaft auf. Nach dem Todesfall kommt das Vermögen an den neuen Staatsfonds für öffentliche Fürsorge.

Aus dem Gerichtssaal.

Geheimes Verbrechen. Vom Landgericht wurde der Leiter und Mitinhaber der Wollmüllerei H. A. Schöth von Friedrich Hermann Schöth wegen Verbrechen an Wollmüllerei zu einer Geldstrafe von 25 000 Mark verurteilt.

Deutscher Fliegerangriff auf London.

Heftige Kämpfe an der italienischen Front.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 29. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. An verschiedenen Stellen der Front Artillerietätigkeit.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz. In der Champagne entwickelten sich lebhaft örtliche Kämpfe.

Beiderseits der Straße St. Hilaire-St. Souplel heftigten am Morgen kleinere französische Angriffs-Unternehmungen. Unsere Stellungen zwischen den von Somme-Po und Ripon nach Südosten führenden Straßen lagen am frühen Nachmittag unter beständigem feindlichen Feuer. Unter seinem Schutz stieg französische Infanterie mit Flammwerfern zu starken Erkundungen gegen mehrere Stellen der Front vor. Mit schweren Verlusten wurde sie zum Teil vor unseren Hindernissen, zum Teil im Nahkampf zurückgeworfen. Einige Gefangene blieben in unserer Hand, mehrere Flammwerfer wurden erbeutet.

Rege Fliegeraktivität führte zu zahlreichen Luftkämpfen. Wir schossen gestern 13 feindliche Flugzeuge und 1 Fesselballon ab.

London und Ebernach wurden erfolgreich mit Bomben beschossen.

Frankzösische Flieger setzten ihre Angriffe gegen unsere Lazarets fort. Während im Monat Dezember die Lazaretsanlagen von Rethel mehrfach Ziel ihrer Bombenabwürfe waren, griffen sie in den letzten Tagen die Anlagen von Babry (Stützpunkt von Conflans) an.

Italienische Front.

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden ist von neuem heftiger Kampf entbrannt. Die Italiener griffen gestern in den Abzweigungen östlich von Asiago bis zur Brenta mit starken Kräften an. Am Monte Stenol und westlich drach ihr Angriff vor den österreichisch-ungarischen Stellungen meist schon im Feuer zusammen; der Monte di Val Beila, auf dem sie vorübergehend Fuß fassen konnten, wurde ihnen im Gegenstoß wieder entzogen. Ebenso waren unsere Verbündeten den im Gebiet des Col del Rosso sowie zwischen der Frenzela-Schlucht und der Brenta anstürmenden Feind nach schweren Kämpfen zurück. Wiederholte Verluste des Feindes, örtliche Einbrüche durch Einschlag seiner Raketen zu erweitern, scheiterten unter blutigen Verlusten. Sehn Offiziere und 380 Mann wurden gefangen.

Eines unserer Bombengeschwader warf in der Nacht vom 26./27. Januar mit guter Wirkung 21 000 Kilogramm Bomben auf Castellfranco, Treviso und Mestre. Große Brände waren weithin sichtbar.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Wien, 29. Jan. Der amtliche Seeresbericht stimmt mit dem deutschen überein.

Großer Kriegsrat der Verbündeten.

In Paris findet also eine große politische Konferenz der Bestmächte (ohne Amerika) statt, an der die Ministerpräsidenten Lloyd George, Clemenceau und Orlando sowie der französische Außenminister Bichon und der italienische Sonnino teilnehmen. Die politischen Verhandlungen in Paris sind zunächst eine Fortsetzung der Besprechungen, die soeben in London zwischen Lloyd George und Orlando stattgefunden haben und die nach Paris verlegt werden, weil sich Clemenceau anscheinend zu alt zum Reisen fühlt. Der erste Programmpunkt wird also von den italienischen Kriegszustandswesen gebildet, und deshalb kommt auch Sonnino nach Paris. Es ist möglich, daß die Erklärungen Lloyd Georges (an die englischen Arbeiter) in Paris eine Ergänzung erfahren werden. Der Rest ist dann — die Beratung über die Fortsetzung des Krieges.

Der Krieg zur See.

Unsere tägliche U-Boot-Strede.

Amlich wird gemeldet: Unsere U-Boote fügten den Feinden wiederum einen Verlust von 18 000 Br.-Reg.-T., Handelschiffraum zu.

Drei große Dampfer wurden unter der italienischen Aufsicht, zwei von ihnen fuhren in einem durch Seelöcher stark gesicherten Geleitzug. Einer der Dampfer war des bewaffnete englische Dampfer „Marston“ (3840 Br.-Reg.-T.).

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Versehrte Lebensmittelschiffe.

Unter den U-Boots-Erfolgen dieses Monats befinden sich Versenkungen, die für die Engländer besonders schmerzhaft sind. „Daily Chronicle“ berichtet über den Verlust eines Lebensmittelschiffes, das einige Tage zuvor einen englischen Hafen erreicht hatte, jedoch ohne einladen zu haben, den Befehl erhielt, nach einem anderen Hafen zu fahren. Auf dem Wege dorthin wurde es torpediert. Es ging das wertvolle Schiff mit Ladung verloren. Weiter berichtet die „Times“ über zwei ähnliche Fälle. Von den versenkten Dampfern hatte einer 4000 T., der andere 4000 T., Fleisch geladen. Beide hatten im ersten Hafen mangelnde Entladeeinrichtungen nicht löschen können. Die Erregung unter der englischen Bevölkerung war groß; denn man rechnete nach, daß mit der versenkten Fleischmenge nach deutschen Verhältnissen 16 Millionen Menschen, d. i. über ein Drittel der englischen Bevölkerung, eine Woche lang mit Fleisch hätte versorgt werden können.

Die verringerte Fischflotte.

Von 9000 Fischereifahrzeugen der englischen Flotte sind nur etwa 400 für den Fischfang freigeblieben, die übrigen stehen im Marinedienst. Im Winterdienst werden die Engländer ungefähr 1700 Schiffe und etwa 25 000 Mann.

Anarchie in Finnland.

Maximalisten gegen das Bürgertum.

Nach Stockholmer Berichten herrscht in Finnland vollkommene Anarchie. Die Petersburger Maximalisten hatten erklärt, sie seien genötigt, ihren Grundsätzen gemäß, die finnischen Revolutionäre gegen das Bürgertum zu unterstützen. Welche Schwere herrscht die Maximalisten in

Finnland ausüben, zeigt folgende Meldung aus Stockholm:

Der finnische Senat wurde von den finnischen Bolschewiki, unterstützt durch die Marinetruppen der Sowjets, aufgelöst. Der Senat protestierte gegen die Einmischung russischer Soldaten und Matrosen in die inneren Angelegenheiten Finnlands. Der Präsident des Senats wurde verhaftet.

Der Senat hatte ein Ultimatum an die russische Regierung gerichtet, mit der Aufforderung, die Lieferung von Waffen an die finnischen Banditen, die gemeinsam mit der russischen Soldateska das Land verheeren, einzustellen.

Gegenangriffe gegen die Polen in Orcha.

Der Generalissimus Argento brachte ein Radiogramm zur Kenntnis der Volkskommissare, das schnelligste Maßnahmen zur Vertreibung der polnischen Truppen im Gouvernement Orcha von den Punkten, die sie besetzt halten, und die allgemeine Entwaffnung der polnischen Legionen anordnet.

Hungertreiben in Petersburg.

Aus Petersburg wird berichtet, daß die Stadt seit zwei Tagen gänzlich ohne Brot ist. „Nacht Wiedemo!“ teilen mit, daß die Straßen der Hauptstadt von Gruppen bestehend aus 500—1000 Personen durchzogen werden. Die Demonstranten rufen nach Brot; sie tragen Plakate mit der Aufschrift: „Geht uns Brot!“ Aus dem Admiralskizolterel kamen über 4000 Personen zu dem Kommandanten des 2. Bezirks, die ihre tägliche Brotration seit vier Tagen nicht erhalten hatten. Der Kommandant begab sich mit der Volksmenge unter dem Schutz der Roten Garde nach der Nowosilowskaja-Straße Nr. 20, wo große Mehlvorräte vorgefunden wurden. Das Mehl wurde sofort verteilt und jeder erhielt ein Viertel Pfund. In verlassenen Stadtteilen wurden alle Bäckereien geplündert.

Massenverhaftungen in Moskau.

In Moskau wurden alle Mitglieder des sozialrevolutionären Komitees von Moskau und desjenigen des Provinzial Moskau gefangen. Die Maximalisten drohten weitere Verhaftungen an, falls die Rundgebungen gegen die Petersburger Regierung fortgesetzt würden.

Die Entscheidung Trotski.

„Daily News“ erfahren aus Petersburg: „Es ist eine Spaltung unter den Bolschewiki eingetreten. Die Minderheit ist der Ansicht, daß die Schwächung und Isolierung Russlands zu einem Sonderfrieden zwinge; die Mehrheit einschließlich des linken Flügels der Sozialrevolutionäre ist bereit, die deutsche Forderung anzunehmen und in eine Periode der revolutionären Verteidigung einzutreten. Die letzte Entscheidung liegt bei Trotski.“

Demobilisierung der ukrainischen Front.

Das ukrainische Bureau meldet: Die Rada hat die Demobilisierung der ukrainischen Front angeordnet. Diese findet unter dem Widerstand der dort befindlichen Bolschewiktruppen statt. Die Bolschewiki besetzten Charkow und Jekaterinoslaw. Gegen Jekaterinoslaw marschiert ein großes Aufgebot der Rada. Bei den Kämpfen zwischen den Bolschewiki und den Ukrainern an der ukrainischen Front siegten die Ukrainer.

Kleine Kriegspost.

Stockholm, 28. Jan. Der finnische Landtag hat eine Abordnung von 6 Mitgliedern gewählt, die Finnland bei den Friedensverhandlungen in Riga-Witowst vertreten wird.

Oslo, 28. Jan. Neuer meldet, daß die britischen Truppen ein weiteres Stück der Westfront übernommen haben. Die britische Front erstreckt sich jetzt bis südlich St. Quentin.

Lugano, 28. Jan. Der Schachminister Rittz teilte mit, daß während des Krieges 55% der italienischen Handelsflotte versenkt worden sind.

Paris, 28. Jan. Die „Stampa“ meldet aus London, daß englische Kriegsminister Lord Derby wolle wegen des in der englischen Seeresleitung entbrannten Meinungsstreits zurücktreten.

Genf, 28. Jan. Der französische General Faure soll in der den Florentiner Partisanen genauen Angabe, in welchem Maße sie abgesetzt wurden.

Bern, 29. Jan. Nach dem „Bernener Tagblatt“ will die englische Regierung dieser Tage den unabhängigen Judenstaat in Palästina mit der Hauptstadt Jerusalem proklamieren. Die heiligen Stätten sollen neutralisiert werden.

Konstantinopel, 29. Jan. Zwischen den türkischen und ukrainischen Vertretern in Riga-Witowst fanden Sonderbesprechungen statt, die eine grundsätzliche Übereinstimmung in den wichtigsten schwebenden Fragen ergaben.

Genf, 29. Jan. In einem Artikel der „New York World“ wird erklärt, Österreich-Ungarn könne mit den Vereinigten Staaten durch die spanische Wertschätzung der schwedischen Gefandtschaft in Wien verhandeln.

Die Streikbewegung.

Anteilnahme der sozialdemokratischen Abgeordneten.

Berlin, 29. Januar.

Die Aufstandsbewegung, zu der in Flugblättern am bekanntesten Verstoß aufgeführt worden war und die am gestrigen ersten Tage nur geringen Umfang hatte, ist heute allgemeiner geworden. Allen Anschein nach ist die Haltung der sozialdemokratischen Partei, die Mitglieder in die Streikbewegung wählen ließ, nicht ohne Einfluß geblieben. Im Laufe des heutigen Tages streikten in Groß-Berlin etwa 400 000 Personen, vorwiegend aus der Rüstungsindustrie, doch waren auch andere Betriebe in Mitleidenschaft gezogen. In den streikenden Betrieben wurden, dem B. L. zufolge, Delegierte gewählt, die sich zu einem Arbeiterrat zusammenschlossen haben, der aus 500 Arbeitern besteht. Dieser hat einen Aktionsausschuß gebildet, der aus 10 Arbeitern und einer Arbeiterin besteht. Hingezogen wurden die Reichstagsabgeordneten Haase, Vebbour und Wittmann von der Unabhängigen Sozialdemokratie und die sozialdemokratischen Abgeordneten Scheidemann, Ebert und Braun. Eine Deputation von fünf Arbeitern und vier Abgeordneten sollte mit dem Staatssekretär des Innern Ballraf über die Aufhebung der Versammlungsverbote verhandeln. Der Staatssekretär lehnte es zunächst ab, die Deputation zu empfangen, da das Verhandeln mit den Arbeitern „zu unabsehbaren Konsequenzen“ führen könne. Die Versuche, mit der Regierung zu verhandeln, werden von den Arbeitern fortgesetzt.

Wahrung an die Arbeiter.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt u. a.: In Berlin und an einzelnen Stellen im Reich haben Arbeiter den letzten Augenblick zu dem Versuche benutzt, durch Niederlegen der Arbeit auf die Regierung einen politischen Druck auszuüben. Ein von den Streikenden in Berlin gebildeter Ausschuss hat Forderungen aufgestellt, die sich unter anderem auch mit innerpolitischen Fragen befassen. Soweit sich darin ein Zweifel an der Entschlossenheit der Regierung ausdrückt, die von ihr angekündigten Reformen im Innern durchzuführen, gehen sie von einer völlig falschen Voraussetzung aus.

Was die gleichfalls in den Forderungen verbriefte Friedensverhandlung in Ost-Preußen betrifft, so sind sich die streikenden Arbeiter vermutlich nicht darüber klar, was sie erreichen wollen. Statt die Verhandlungen über den Frieden zu fördern, erschweren und verschleppen sie deren Verlauf. Die Regierung muß erwarten, daß die streikenden Arbeiter sich bei ruhiger Überlegung baldigst von der Schädlichkeit ihres Verhaltens überzeugen und zu ihrer Arbeit zurückkehren, die für jeden eine heilige Pflicht gegen das Vaterland ist.

Das Pflichtbewußtsein, mit dem unsere Arbeiter sich bisher um das Volkswohl verdient gemacht haben und das sie in ihrer erdrückenden Mehrheit auch heute noch dem Vaterlande beweisen, wird das feine dazu beitragen, um die Streikbewegung baldigst zu Ende zu bringen.

Nach den vorliegenden Meldungen aus den verschiedensten Teilen des Reiches ist es bisher nur zu vereinzelten Arbeitsniederlegungen gekommen. In Dresden a. S., wie in vielen anderen deutschen Städten ist nicht der Versuch gemacht worden, an dem Streik teilzunehmen.

Bermischtes.

Ein Schiff durch Möwen gerettet. Ein in London eingetroffener Schiffseuropäer erzählt einem Journalisten, wie sein Schiff im Armeelkanal durch Möwen gerettet wurde: „Ich fuhr“, sagte er, „wie ich es immer zu tun pflege, sehr vorsichtig, als ich plötzlich auf einem schwimmenden Gegenstand mehrere Möwen bemerkte. Als ich näher herankam, sah ich, daß es eine Mine mit fünf Spikes war. Auf jeder dieser Spikes lag ein Vogel. Wäre das nicht gewesen, so hätte ich mein Schiff sicher verloren. Wir brachten durch Gewehrfeuer die Mine zur Explosion.“

Wahnsinnstöt eines Unfalles. In Belgien in Oostende versuchte der auf Urlaub aus dem Felde heimgekommene Altseemann Gräf in einem Bahnwaggon ausbrechen. Seine Frau und drei Kinder mit der Art totgeschlagen. Auf das Jammergeschrei eilten die Nachbarn herbei, die alle über schwer verwundet voranden. Gräf ist erschossen.

Kampf gegen die Sperlingsplage. Zum Kampf gegen die Sperlingsplage hat das sächsische Ministerium aufgefordert. In Hinsicht darauf, daß die Sperlinge seit Kriegsausbruch besonders die Saatfelder und die Obst- und Gemüsepflanzungen heimsuchen, müsse eine Beseitigung der Sperlinge angestrebt werden. Für einen gefangenen Sperling wird aus Staatsmitteln eine Prämie von 5 Pf. gezahlt. Die Vertilgung soll geschehen durch Verführung der Sperlingsbruten, durch Einfangen mit Netzen oder durch Abschuss.

Ausreichliche Konferenz in Budapest. Auf Einladung des Aeroverbandes hatten die deutschen, österreichischen, ungarischen und bulgarischen aeronautischen Vereine am 28., 29. und 30. Januar in Budapest zur Schaffung eines einheitlichen Luftverkehrsrechts eine Konferenz ab. Die Beratung wird am 28. Januar im Delegationsaal des Abgeordnetenhauses vom ungarischen Handelsminister eröffnet.

Testament eines amerikanischen Diplomaten. Der vor einiger Zeit verstorbene amerikanische Diplomat Joseph E. Rouse hat fast 19 Millionen Mark hinterlassen. An den kleinsten Sohn sollen mehr als 7 Millionen, an eine Tochter 1 Millionen, während ein anderer Sohn nur die Rückzahlung eines Kapitals von 1 Million Mark erhält. Die Restsumme ist für Schenkungen an Kirchen, Hospitäler und Bibliotheken bestimmt.

Die Auslandsbewegung in Berlin. In verschiedenen Gegenden Groß-Berlins sind Montag früh Arbeiter nur zum Teil auf ihren Arbeitsstätten erschienen. Besondere Randgebungen haben nicht stattgefunden und kleinere Gruppenumzüge verliefen ohne Störung. Jedenfalls hat der Massenaufstand nicht den Umfang angenommen, den gewisse Kreise erwartet hatten. Im ganzen hielten 40 Betriebe mit rund 100 000 Arbeitern in der Hauptstadt getreten sein. — Im Ruhrgebiet, das man gleichfalls in den Auslandsbewegung wollte, sind keinerlei Arbeitsniederlegungen vorgekommen.

Ein deutsches Erfindungsinstitut. Eine gemeinnützige Organisation der Erfindertätigkeit in Deutschland ist das Ziel einer Gesellschaft, die in Gießen begründet wurde. Das deutsche Erfindungsinstitut bezweckt die Förderung deutscher technischer Erfindungen durch Ausbeutung der Erfindungsberechtigten, die Förderung der Erfindungsberechtigten durch Unterstutzung brauchbarer Erfindungen durch Geldmittel, technische und Rechtsberatung, ferner durch die Weiterleitung der Erfindungen an Staat und Marine, an Industrie und Gewerbe.

Der erste Ehren doktor der Tierheilkunde. Der ordentliche Honorarprofessor an der Tierärztlichen Hochschule Dresden, Geh. Medizinalrat Professor Dr. Edelmann, vortragender Rat im sächsischen Ministerium bei Innern, wurde von der durch die ordentlichen Professoren der Tierärztlichen Hochschule zu Dresden verstärkten medizinischen Fakultät der Universität Leipzig zum „Doct. vet. h. c.“ ernannt. — Er ist der erste Ehren doktor der Tierheilkunde in Deutschland.

Offenbahnzusammenstoß bei Augsburg. In der Station Zettingen bei Augsburg stießen infolge Nichtbeachtung eines Einfahrtssignals zwei Güterzüge aufeinander. Sehn Wagen entgleisten und ein Wagen verbrannte. Der Materialschaden ist sehr groß.

Ein Verbot des Füllens von Eichen hat das stellvertretende Generalkommando des sechsten Armeekorps erlassen. Durch eine Anordnung wird das Füllen von Eichen in Eichenwäldern sowie in sonstigen Niederwäldern mit starker Eichenbeimischung, die in zehn bis vierzigjährigen Umläufen bewirtschaftet werden, mit Befangnisstrafe bis zu einem Jahre bzw. Geldstrafe bis zu 1500 Mark bedroht.

Geldsendungen nach Siam. Für Kriegs- und bürgerliche Gefangene in Siam bestimmte Geldbeträge sind mit Postanweisung an die Oberpostkontrolle in Bern einzuweisen. Diese stellt neue Postanweisungen in der Frankfurter Währung aus, die in Siam nach dem Tausch von 100 Schweizerfranken = 100 Baht ausbezahlt werden.

Grubenexplosion. Aus Halifax wird berichtet: Infolge einer furchtbaren Explosion in dem Acadar Kohlenbergwerk in Stellerton werden 78 Mann vermisst; es besteht wenig Hoffnung, sie zu retten.

Die neuen Gold- und Silbermünzen Österreichs tragen auf der Vorderseite das Brustbildnis des Kaisers und auf dem Rande in vertiefter Schrift den kaiserlichen Wahlspruch: „Pace belloque omnia pro patria cum populo meo“ („Im Frieden und Krieg alles für's Vaterland mit meinem Volke“).

Die Verkehrsschwierigkeiten in England. „Iron Age“ teilt mit, daß die heftigen Schneestürme und die strengen Rölle in der verflochtenen Woche die Verkehrsschwierigkeiten in England noch bedeutend erhöhten. Die Anzahl der stillgelegten Fabriken und Betriebe steigt an. Die Verminderung der Produktion beläuft sich auf 60 bis 70 %.

Studien.

Druck- und Korrespondenz-Meldungen.

Eine Fälschung.

Berlin, 29. Jan. In der letzten Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages hat der Abgeordnete Dr. Michaelis über eine angebliche Denkschrift des früheren Reichskanzlers Dr. Michaelis gemacht, die annerkennende Ziele aufgestellt haben soll. Die Denkschrift soll in einer kleinen Zeitung erschienen sein. Der Abgeordnete Dr. Michaelis machte seine Angaben auf Grund einer Überlegung aus dieser Zeitung. Wie wir feststellen können, handelt es sich um eine Fälschung. Eine derartige Denkschrift des früheren Reichskanzlers Dr. Michaelis existiert nicht.

Bayerische Auszeichnung des Herrn v. Batocki.

München, 29. Jan. Der König von Bayern hat dem früheren Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, gegenwärtigen Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, Herrn v. Batocki, den Verdienstorden vom Heiligen Michael erster Klasse verliehen.

Verschlimmerung der Lage in Finnland.

Helsinki, 29. Jan. Die Lage in Finnland scheint sich ständig zu verschlechtern. Die beiderseitige Erbitterung wächst. An Bord eines Kriegsschiffes in Helsinki fand zwischen Mitgliedern der Regierung und dem sozialistischen Ausschuss der Arbeiter eine Zusammenkunft statt. Der Matrosenausschuss forderte vom Senat die Auslieferung der Waffen der Bürgergarde an die Rote Garde, andernfalls würde Helsinki von der Rote Garde eingenommen. Als die Sitzung um 4 Uhr morgens schloß, war es dem Präsidium gelungen, von den Anwesenden das Versprechen zu erhalten, zur Verhütung der Gemüter beizutragen. Von den Zeitungen erscheint nur noch die der Roten Garde. Viele Rote Gardesten sind nach Petersburg abgereist, um dort Nachschub zu erhalten.

Flucht des schwedischen Gesandten in Finnland.

Stockholm, 29. Jan. „Aftonbladet“ meldet aus Dapunda, daß der neuernannte schwedische Gesandte in Finnland nach Tornea geflüchtet und nach Stockholm unterwegs sei. Der Landeshaupmann Oetel in Wala sei mit besonderem Auftrage nach Schweden abgereist.

Rückzug von Rumänen bombardiert.

Genf, 29. Jan. Aus Petersburg wird gemeldet: Rumänische Truppen haben Kischineu umzingelt. Die Stadt steht unter Artilleriefeuer. Die Verluste der Rumänen wie der Bolschewiki sind sehr groß.

Eine Neutermeldung aus Petersburg besagt: Der rumänische Konsul und 14 Leute seines Personals sind gestern in Kischineu von den Bolschewiki verhaftet worden.

Eine rumänisch-bolschewistische Regierung.

Budapest, 29. Jan. Der rumänische Sozialdemokrat Rakowski, der in Odessa lebt, hat von dort aus eine rumänisch-bolschewistische Regierung gebildet, den König Ferdinand abgesetzt und sich selbst zum Diktator gemacht. Rakowski wurde einseitig von der rumänischen Regierung verhaftet und später infolge Annettierung freigegeben.

Beginn der Entente-Konferenz.

Genf, 29. Jan. Die erste Sitzung der Entente-Konferenz hat unter dem Vorsitz Clemenceaus stattgefunden. Lord George, Orlando, der italienische General Alinari, der englische General Wilson, der französische General Foch u. a. nahmen an der Sitzung teil. Hauptaufgabe der Konferenz ist die Vorbereitung der Friedensziele der Entente. Die Erklärungen der Entente und der Rumänen sollen gemeinsam endgültig beantwortet werden.

Clemenceau als Friedensdiktator.

Genf, 29. Jan. Der französische Sozialistenführer Renaudel greift in der „Humanité“ Clemenceau scharf an, weil er seinen Einfluss in England geltend gemacht habe, um die englische Regierung zu bestimmen, von ihrer wohlwollenden Haltung einem baldigen Friedensschlusse gegenüber abzusehen.

Auch Fleisch wird in England rationiert.

Bern, 29. Jan. Der britische Ernährungsminister Lord Rhondda kündigt an, daß sofort Maßnahmen getroffen werden würden, um die für die Fleischrationierung benötigten Fleischwaren auf den 25. Februar an auch auf Fleisch auszuweiten. Die wöchentliche Fleischration, die bisher bei der freiwilligen Rationierung 900 Gramm betrug, soll für London auf 450 und für Kinder unter sechs Jahren auf 250 Gramm herabgesetzt werden. Das Kriegsamt hat mit einem großen Londoner Schlachthaus Vereinbarungen zur Verwertung kriegsbeschädigter Pferde für den menschlichen Genuß getroffen.

Amerika erwartet Friedensvorschläge.

New York, 29. Jan. „New York Times“ meldet aus Washington: Um entsprechende Wirkung zu haben, möchten Herling und Gernin ihren Reden noch bestimmte Vorschläge an die Adresse der amerikanischen Regierung folgen lassen, sonst sei alles Reden nutzlos.

Gernin und Wilson.

Genf, 29. Jan. Staatssekretär Lansing drückte seine Ablehnung der von Gernin und Wilson vorgeschlagenen Reden aus, daß ein Exemplar der Rede des Grafen Gernin an Wilson beibehalten werden sei, noch bevor sie in Österreich gehalten worden sei. Lansing erklärte, ein solches Exemplar nicht erhalten zu haben, weder vor der Veröffentlichung noch seitdem.

Das Orlando fordern soll.

Genf, 29. Jan. Die „Tribuna“ legt Orlando nahe, daß er auf der bevorstehenden Pariser Konferenz fordern soll, die Dinge der Verlierer Italiens gestatten keine halben Maßnahmen und keinen Ausbruch mehr, darüber sind die Regierungen und Völker des Verbandes genügend aufgeklärt. Im Augenblick bleibt ein Abbruch zwischen dem Willen und dem Vermögen des italienischen Volkes offen: er kann nur durch schleunige Hilfe der Verbündeten gestillt werden.

Lozales und Provinzialles.

Werkblatt für den 31. Januar.

Sonnenaufgang	7 ⁴¹	Monduntergang	8 ⁴¹
Sonnenuntergang	4 ⁴¹	Mondaufgang	9 ⁴¹
1797 Niederkomponist Franz Schubert geb. — 1886 Dichter Friedrich Rückert geb. — 1871 Beginn des Wasserjahres zwischen Deutschland und Frankreich.			

Über die Volksernährung im Jahre 1918 hat der Deutsche Städtetag in seiner letzten Sitzung eingehend beraten und eine Entschließung gefaßt, die er den Reichs- und Staatsbehörden übermittelte. Die gemachten Vorschläge fordern hauptsächlich Herabminderung der Viehpreise, Verbesserung der Gemüseversorgung und Sicherstellung dahin, daß die Nahrungsmittel nach ihrer Gewinnung reiflos erfasst werden. Es heißt in der Entschließung: „Es muß nachdrücklich die rechtzeitige Aufstellung eines allgemeinen Wirtschaftsplanes erbeten werden, wie er im Vorjahre durch die Vatokische Verordnung vom 19. März 1917 versucht worden ist. Der zutreffende Grundgedanke dieser Verordnung: durch die Erhöhung der Preise für die hauptsächlichsten Bodenerzeugnisse und Herabsetzung der Viehpreise einer übermäßigen Ausbeutung des Viehstandes und verbotener Verfüllung zu begegnen, ist jedoch nur auf der einen Seite, nämlich hinsichtlich der Preisermäßigung für die Bodenerzeugnisse zu vollständiger Durchführung gekommen. Die Herabsetzung der Viehpreise, die auch einen Ausgabenausgleich für den Verbraucher darstellen sollte, ist jedoch teilweise verweigert und bei Schweinen und Rindern durch Sondermaßnahmen mehrfach ins Gegenteil gewendet worden. — Von gleich entscheidender Wichtigkeit für die Ernährungswirtschaft des nächsten Jahres ist eine baldige Vorlage dahin, daß der Anbau des Brotgetreides und der Kartoffeln nicht unter dem Anbau anderer, für die menschliche Ernährung minder ergiebiger Feldfrüchte leidet... noch die Gemüseversorgung, deren Bedeutung für die städtische Ernährung das letzte Jahr und die Gegenwart auf das nachdrücklichste dartun. Bei ihr können die vom Kriegsernährungsamt wieder in den Vordergrund geschobenen Lieferungsverträge nur vorzuziehen sein, wenn sie von vornherein und sofort zu Gliedern eines gemeinsamen wirtschaftlichen Systems gemacht werden, das eine dem Ernährungsbedarf der Städte entsprechende Gemüsezufuhr gewährleistet. Voraussetzung einer entsprechenden Wirkung aller Maßnahmen ist, daß die landliche Kriegswirtschaftsorganisation überall zu der Fähigkeit entwickelt wird, die in die Gemeinwirtschaft einbezogenen Erzeugnisse reiflos zu erfassen und die Erzeuger zur Innhaltung der gesetzlichen Erzeugerhöchstpreise anzuhalten.“

* Verkauf von Silberwaren. Am den derzeitigen hohen Stand des Silberpreises auf dem Weltmarkt für die Befriedigung der deutschen Valuta im Ausland nutzbar zu machen, hat das Reichslanddirektorium entschlossen, vielfachen Anregungen zu entsprechen und den Verkauf von Silberwaren durch die Goldankaufstellen und Goldankaufstellen aufzunehmen zu lassen. Den Eigentümern entbehrlicher Silberwaren bietet sich dadurch eine günstige Gelegenheit, ihren Besitz an silbernen Gegenständen zu vorteilhaften Preisen an die Goldankaufstellen zu veräußern. Für Silberwaren aller Reinhalte ist ein Einheitspreis von 13 Pfennig für das Gramm Silbermetall festgesetzt. Den Einlieferern von Silberwaren wird seitens der Goldankaufstellen ein amtliches Ausgabekleinblatt verliehen.

* Silberne Hochzeit. Die Eheleute Adolf Wiegardt und Frau Ida geb. Klein begehen heute im Kreise ihrer Familie das Fest der silbernen Hochzeit. Wenn auch die gegenwärtige Zeit frohe Feste nicht zuläßt, so vereinen sich doch unsere Wünsche mit denen der gesamten Bürgerschaft in der Hoffnung, daß es dem Jubelpaar vergönnt sein möge, in derselben körperlichen und geistigen Frische nach weiteren 25 Jahren glücklichen Ehe- und Familienlebens das goldene Hochzeitfest feiern zu können. — Wir gratulieren herzlich!

Obst- und Gartenbau-Verein

Samstag, den 8. Februar, Nachmittags 3.30 Uhr

Jahres-Hauptversammlung

im „Möhlental“

zu der alle Mitglieder hierdurch eingeladen werden.

Der Vorstand.

Wetterbericht.

Eigener Wetterdienst.

Heute, anhaltend, vorwiegend bewölkt, abends leichtes Frost, am Montag ziemlich mild.

Fleisch-Verkauf

am Freitag von 2-5 für A-B beim Metzgerm. Steeg
• Samstag „ 2-5 „ C-D „
• Freitag „ 2-5 „ E-F „
• Samstag „ 2-5 „ G-H „

Es werden verkauft:

A. auf die grüne Vorzugsschneise: ein halbes Pfund.
B. auf die grüne Vorzugsschneise: ein halbes Pfund.
an Rindfleisch: Erwachsene je 200 Gramm.
Kinder 100

Ueber Fleisch, welches zu den angegebenen Zeiten nicht abgeholt wird, wird anderweitig verfügt werden.
Dresden, 31. Jan. 1918. Die Pol.-Verw.

Die noch nicht abgeholt gebliebenen Karten werden Samstag, den 2. Februar, Nachmittags von 2-5 Uhr abgegeben. Später werden keine mehr verabfolgt.

Bereitschaft

ausgabe heute von 2 Uhr ab am Staatsbahnhof. Zentner 3.10 M. Nummerausgabe und Begleichung von 2 Uhr an im Lebensmittelbüro. Pro Familie bis zu 5 Zentner.

Die Obstbaumbesitzer werden aufgefordert, die dünnen Äste, Raupennester und Nisteln von den Obstbäumen zu entfernen.

Ein Teil der Weinbergbesitzer befindet sich durch Einfahren von Mauern und Böschung in einem schlechten Zustand. Auf Grund des § 5 der P.-Ver vom 9. Jan. 1909 fordern wir die Anlieger auf, die Weingänge, soweit es die Zeitumstände zulassen, zu befestigen.

Die Pol.-Verwaltung.

